

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **RAT/025/2007**

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Rheine  
am 06.11.2007**

Die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

### **Anwesend als**

#### **Vorsitzende:**

Frau Dr. Angelika Kordfelder    SPD

#### **Mitglieder des Rates:**

Herr Matthias Auth	CDU
Herr José Azevedo	CDU
Herr Antonio Berardis	SPD
Herr Raphael Bögge	CDU
Frau Christel Brachmann	CDU
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD
Herr Manfred Brinkmann	CDU
Frau Cornelia Buchs	FSL
Herr Horst Dewenter	CDU
Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Jürgen Gude	CDU
Herr Heinrich Hagemeier	CDU
Herr Johannes Havers	CDU
Frau Marianne Helmes	CDU
Herr Frank Hemelt	SPD
Herr Alfred Holtel	FDP
Frau Ellen Knoop	SPD
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU
Herr Christoph Kotte	CDU

Herr Günter Löcken	SPD
Frau Monika Lulay	CDU
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Udo Mollen	SPD
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU
Herr Josef Niehues	CDU
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dietmar Ostermann	SPD
Frau Theresia Overesch	CDU
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Eckhard Roloff	SPD
Herr Jürgen Roscher	SPD
Herr Marcel Tewes	FSL
Herr Friedel Theismann	CDU
Herr Falk Toczkowski	SPD
Frau Annette Tombült	CDU
Herr Anton van Wanrooy	CDU
Herr Johannes Willems	FDP
Herr Josef Wilp	CDU
Herr Ludger Winnemöller	CDU
Frau Waltraud Wunder	SPD

**Gäste:**

Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot	(Geschäftsführer Stadtwerke - ztw.)
Herr Josef Lucas	(Stadtwerke - ztw.)
Herr Hans-Joachim Hamerla	(Büro ASS - zu TOP 6)
Herr Thomas Gutsche	(WIBERA - zu TOP 7)
Herr Ralf Reuter	(PWC Legal - zu TOP 7)

**Verwaltung:**

Frau Ute Ehrenberg  
Herr Jan Kuhlmann  
Herr Werner Lütke-meier  
Herr Heinz Hermeling  
Herr Werner Schröer  
Herr Dr. Thorben Winter

Herr Bernd Weber  
Herr Günter Strauch (ztw.)  
Herr Michael Netter (Vors. Personalrat - ztw.)  
Herr Richard Gude (Personalratsmitglied - ztw.)  
Herr Peter Störmann (Personalratsmitglied - ztw.)  
Herr Theo Elfert (stellv. Schriftführer)

**Entschuldigt fehlten:**

**Mitglieder des Rates:**

Herr Norbert Dörnhoff	CDU
Herr Christian Kaisal	CDU
Frau Hannelore Koschin	SPD
Herr Günter Thum	SPD

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Herr Roscher, die SPD-Fraktion sei aufgrund der gestrigen Hinweise in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung damit einverstanden, dass der TOP 14 „Festlegung der Zügigkeiten in Grundschulen“ heute von der Tagesordnung abgesetzt werde. Die Verwaltung solle hierzu zunächst noch weitere Daten sammeln und die Angelegenheit dann zu einem späteren Zeitpunkt dem Rat erneut zur Entscheidung vorlegen.

Einstimmig beschließen die Ratsmitglieder daraufhin die Absetzung des vg. Tagesordnungspunktes.

**Öffentlicher Teil:**

**1. Einführung und Verpflichtung des Ratsmitgliedes Cornelia Buchs  
Vorlage: 462/07**

I/A/0220



Über die Verpflichtung wurde eine eigenständige Niederschrift aufgenommen.

Herr Reiske erklärt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass diese die Wiederbelebung der Fraktion Sozial Liberal missbillige. Frau Buchs habe ihr Mandat bei der Kommunalwahl 2004 für die FDP und Herr Tewes sein Mandat für die SPD erhalten. Eine Partei Sozial Liberal habe im Jahre 2004 nicht zur Wahl gestanden und habe insofern auch kein Mandat der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rheine. Durch ihr Verhalten würden Herr Tewes und Frau Buchs den Antidemokraten in die Hände spielen, die die Parlamente für überflüssig hielten und sie verhöhnten. Die Beliebigkeit, mit der beide mit ihrem Mandat umgehen würden, werde von den Grünen zurückgewiesen. Sie entspreche nicht dem demokratischen Stil.

Die Fraktion Sozial Liberal habe sich in der Vergangenheit nicht durch politisches Engagement hervorgetan; im Gegenteil, sie sei völlig passiv gewesen. Möglicherweise gehe es der Fraktion in der verbleibenden Zeit bis 2009 lediglich um das Abkassieren von Steuergeldern. Daher fordere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Buchs und Herrn Tewes auf, entweder in die ihnen zugewiesenen Fraktionen zurückzugehen oder ihr Mandat den Parteien zurückzugeben, für welche sie bei der Kommunalwahl angetreten seien.

## **2. Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung am 04. September 2007**

I/A/0820

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

## **3. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 04. September 2007 gefassten Beschlüsse**

I/A/0845

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Rates ausgeführt worden seien.

## **4. Informationen**

I/A/0885

### **4.1 Besichtigung von Einkaufszentren**

Herr Kuhlmann führt aus, dass am 22. November 2007 in der Zeit von 11:00 bis 18:00 Uhr aufgrund der geäußerten Bedenken zu Einkaufszentren in Mittel- und Großzentren eine Besichtigung realisierter Einkaufszentren in Osnabrück, Lingen, Nordhorn und Münster durchgeführt werde. Interessierte Ratsmitglieder könnten hieran teilnehmen und sich bei Frau Bauer anmelden.

I/A/1015

## **4.2 Kundgebung zur Situation bei der Firma Karmann**

Frau Dr. Kordfelder informiert darüber, dass sie am Samstag, dem 3. November 2007, an einer Kundgebung zur Situation bei der Firma Karmann in Osnabrück teilgenommen habe. Die IG Metall plane zusammen mit der Stadt Rheine und dem Kreis Steinfurt eine vergleichbare Kundgebung in Rheine, und zwar am 24. November 2007 auf dem Borneplatz. Nähere Informationen würden rechtzeitig veröffentlicht. Sie bittet alle Ratsmitglieder, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

## **5. Klima-Schutz-Konzept für die Stadt Rheine Vorlage: 461/07**

I/A/1110

Frau Dr. Kordfelder verliest das als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügte Zitat und geht anschließend auf die Schwerpunkte der Vorlage ein.

Herr Niehues gibt für die CDU-Fraktion die als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügte Stellungnahme ab. Er weist anschließend darauf hin, dass die an dem Konzept beteiligten Fraktionen der Auffassung seien, dass der von der Verwaltung vorgeschlagene Beschlussvorschlag zu umfangreich sei. Daher werde seitens dieser Fraktionen ein Änderungsantrag gestellt, der den Fraktionsvorsitzenden und auch der Verwaltung bereits zugegangen sei. Über den in diesem neuen Beschlussvorschlag angesprochenen „projektbegleitenden Ausschuss“ sollten sich alle Fraktionen bis zur nächsten Ratssitzung auch unter der Berücksichtigung der Veränderungen des Aufgabenspektrums für den Bau- und Betriebsausschuss durch die Bildung der AÖR um eine einvernehmliche Lösung bemühen.

Herr Reiske verliest anschließend die als Anlage 3 dieser Niederschrift beigefügte Stellungnahme für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Holtel unterstützt die Aussagen seiner Vorredner und fordert, dass schon jetzt überlegt werden müsse, welche Möglichkeiten die Stadt Rheine auf lokaler Ebene habe, um etwas für den Klimaschutz zu tun. Es seien verschiedene Handlungsschritte aufgezeigt, die auch in der aufgeführten Reihenfolge durchgeführt werden sollten, es sei denn, dass durch die Veränderung der Energiewirtschaft eine andere Priorität erforderlich werde.

Herr Roscher erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese den vorgeschlagenen Weg mitgehen werde, nicht nur begleitend, sondern auch aktiv. Seine Fraktion werde dabei auch die Punkte aus dem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2004 einbringen; in der Zielsetzung bestehe aber Einvernehmen. Er bittet aber darum, den von Herrn Niehues angesprochenen Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag vorzutragen, denn die SPD-Fraktion könne auch mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung leben. Abschließend bedauert er, dass die SPD-Fraktion nicht bereits im Vorfeld zum Thema „Klimaschutz“ von den anderen Fraktionen mit eingebunden worden sei.

Herr Niehues trägt daraufhin den als Anlage 4 dieser Niederschrift beigefügten geänderten Beschlussvorschlag vor und erläutert ihn kurz.

Herr Roscher bezieht sich auf den unter Ziffer 3 genannten „projektbegleitenden Ausschuss“ und bittet darum, diesen Begriff durch den Begriff „zuständigen Ausschuss“ zu ersetzen. Die Fraktionen hätten dann bis zur nächsten Ratssitzung Zeit, Einvernehmen darüber herzustellen, welcher Ausschuss zuständig sein sollte.

Frau Dr. Kordfelder erinnert an die heftigen Diskussionen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss am 16. Oktober 2007 zu der energetischen Gebäudesanierung, bei der die Verwaltung beauftragt worden sei, bis Dezember einen konkreten Maßnahmenkatalog mit detaillierten Finanzierungsplänen vorzulegen. Die Verwaltung habe dem Rat mit dieser umfangreichen Vorlage die Konsequenzen dieses Antrages verdeutlichen wollen. Es bedürfe eines kompletten Maßnahmenkataloges, um alles abarbeiten zu können. Ferner benötige man ein gewisses Zeitbudget und Personalressourcen, die weder in der Kernverwaltung noch in den Beteiligungsgesellschaften vorgehalten werden könnten. Auch bedürfe es eines konkret abgestimmten Planungsprozesses, der koordiniert werden müsse. Allein bei der energetischen Gebäudesanierung sei ein Maßnahmenpaket für 220.000 m<sup>2</sup> Gebäudefläche erstellt worden. Es stehe schon jetzt fest, dass die Umsetzung erhebliche finanzielle Ressourcen erfordere, die die Stadt Rheine allein nicht schultern könne. Die Verwaltung habe nicht einmal die Gerätschaften, um die dafür erforderlichen Analysen durchzuführen. Daher sei die Verwaltung auf externe Begleitung mit entsprechendem fachlichen Know-how angewiesen. Insofern sei auch eine Priorisierung der Maßnahmen unumgänglich.

Abschließend appelliert Frau Dr. Kordfelder an die Fraktionen, das Konzept gemeinsam umzusetzen.

### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt beschließt das von den Fraktionen CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 6. September 2007 vorgelegte Klimaschutzkonzept „Die Schöpfung bewahren“.
2. Der Rat nimmt die Stellungnahmen der Stadtwerke, der Stadtverwaltung, der EWG und des TaT zur Kenntnis und regt die Einführung von Monitoring bzw. Bilanzverfahren an, damit die Verwirklichung des Klimaschutzkonzeptes auch anhand von CO<sup>2</sup>-Reduktion quantifiziert werden kann. Der Rat bittet die Stadtwerke, die EWG und das TaT, im Sinne des Konzeptes tätig zu werden.
3. Die Verwaltung bereitet ein Konzept zur Energieeinsparung durch nutzerorientiertes Verhalten, z. B. 50-50-Projekt o. Ä., vor. Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote für die energetische Analyse des städtischen Gebäudebestandes (einschließlich der Ausstellung eines Energiepasses) unter angemessener Beteiligung der Ingenieure der Verwaltung und der Stadtwerke einzuholen. Das Konzept und die Angebote sollen dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Sanierung der städtischen Signalanlagen zu erarbeiten und dem zuständigen Ausschuss vorzulegen. Teil des Konzepts ist auch die Prüfung, ob eine Signalanlage ersatzlos entfallen bzw. gegen andere verkehrsregelnde Einrichtungen, wie z. B. Kreisverkehre, ersetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **6. Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept - Priorisierung der Leitprojekte Vorlage: 464/07**

I/A/3240

Herr Hamerla berichtet zur Vorlage und schlägt vor, die Prioritäten regelmäßig zu hinterfragen und zu überprüfen. Beide Beschlussvorschläge würden die Zielrichtung, das Leitbild und die Leitprojekte mittragen, sodass eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Rheine gewährleistet sei. Die Leitprojekte der Priorität 1 seien während des gesamten Arbeitsprozesses bei allen Beteiligten unstrittig gewesen. Daher sollten diese Prioritäten nicht zerredet werden.

Wenn die Beschlussalternative 2 zum Tragen komme, sollten die Grundlagen für die Umsetzung aller Leitprojekte weiter überarbeitet werden und einmal jährlich die Prioritäten aufgrund eingetretener Veränderungen hinterfragt werden.

Herr Hamerla appelliert an Rat und Verwaltung, bei der Umsetzung der Leitprojekte auf die Bürgerinnen und Bürger einzugehen, um Paten für diese Projekte zu bekommen, denn ohne die Öffentlichkeit könne das Konzept nicht umgesetzt werden.

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf das Leitprojekt 2 des Alternativbeschlussvorschlages und bittet darum, unter Berücksichtigung der Begriffsbestimmungen im KJHG den Begriff „Jugend“ durch „Jugendliche“ zu ersetzen.

Herr Niehues stellt fest, dass das integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept ein beispielhaftes Projekt für ganz Nordrhein-Westfalen sei. Es sei nun ein vorläufiger Abschluss erreicht worden, was aber nicht bedeute, dass das Papier zur Seite gelegt werden könne. Vielmehr handele es sich hierbei um ein Werkbuch für die nächsten 10 Jahre. Rat und Verwaltung müssten versuchen, die erarbeiteten Ideen und Ziele in dieser Zeit zu erreichen.

In einer Klausurtagung zu diesem Thema habe die CDU-Fraktion den Alternativbeschlussvorschlag erarbeitet und dabei eine erste Priorität bei der Umsetzung von Leitprojekten festgelegt. Die übrigen Leitprojekte sollten insgesamt in einer zweiten Priorität folgen, damit zu einem späteren Zeitpunkt unter Berücksichtigung aller verbleibenden Projekte eine weitere Feinabstimmung durchgeführt werden könne. Diese könne z. B. auch durch Zuschussgewährung von dritter Seite gesteuert werden. Die Rangordnung unterliege somit Veränderungsprozessen, was durchaus auch noch für Leitprojekte der ersten Priorität gelten könne.

Mit der geänderten Begriffsbestimmung zum Leitprojekt 2 sei die CDU-Fraktion mit dem Vorschlag der Bürgermeisterin einverstanden.

Ferner halte die CDU-Fraktion es zurzeit nicht für erforderlich, das Büro Hamerla wegen der Aufnahme des zusätzlichen Leitprojektes 28 mit einem besonderen Auftrag zu versehen.

Herr Niehues bedankt sich anschließend bei der Verwaltung und beim Büro Hamerla für die geleistete Arbeit; aber auch namentlich bei Herrn Dr. Kratzsch, der sich bei diesem Konzept besondere Verdienste erworben habe.

Für Herrn Roscher gehört das Leitprojekt 28 „Klimaschutz“ eindeutig zu den Leitprojekten der ersten Priorität, zumal es sich beim Klimaschutz um eine Querschnittsaufgabe handele. Es gebe aber auch noch weitere Überschneidungen bei anderen Leitprojekten, sodass die Bildung von 2 Prioritäten richtig sei. Gerade bei den Projekten der zweiten Priorität könne dann je nach Prozessgestaltung und äußeren Einflüssen flexibel reagiert werden.

Herr Holtel ergänzt, dass man die Leitprojekte unter der Priorität 1 durchaus noch hätte erweitern können, wenn in der Verwaltung die dafür erforderliche Arbeitskapazität zur Verfügung stünde. Insofern habe man sich bei der Festsetzung der Leitprojekte für die Priorität 1 von den derzeitigen Gegebenheiten und der demographischen Entwicklung leiten lassen. Zunächst sollten somit die 6 Leitprojekte der ersten Priorität umgesetzt und danach eine weitere Priorisierung der noch verbleibenden Leitprojekte vorgenommen werden.

Herr Reiske favorisiert den Alternativbeschlussvorschlag, weil dort die Prioritätenliste klarer umrissen sei. Auch bei der späteren Festlegung der Rangfolge für die verbleibenden Leitprojekte bestehe für den Rat der erforderliche Freiraum.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Ausführungen des Büros ArchitekturStadtplanungStadtentwicklung (Büro ASS) sowie die Ergebnisse des Politikworkshops vom 11. Juni 2007 zur Kenntnis.

Der Rat der Stadt Rheine beschließt, folgende Priorisierung der Leitprojekte vorzunehmen:

### **Priorität 1:**

Leitprojekt 1	Wissenschafts- und Hochschulstandort Rheine
Leitprojekt 2	Kinder und Jugendliche in Rheine
Leitprojekt 4	Innovativer und mittelstandsfreundlicher Wirtschaftsstandort Rheine
Leitprojekt 10	Vitale Innenstadt
Leitprojekt 18	„Zentrum Vital Solbad Gottesgabe“
Leitprojekt 28	Klimaschutz

### **Priorität 2:**

Leitprojekt 3	Regionale Zusammenarbeit in Wirtschaft, Tourismus, Konversion
---------------	---

Leitprojekt 5	Mehrgenerationenwohnen
Leitprojekt 6	Erprobung der Durchlässigkeit der Schulformen – Steigerung der Chancengleichheit
Leitprojekt 7	Kurzfristige Errichtung eines bildungsorientierten Ganztagskindergartens als Modellprojekt
Leitprojekt 8	Qualifizierungspakt in der beruflichen Aus- und Weiterbildung
Leitprojekt 9	Kinder in Bewegung
Leitprojekt 11	Zukunftsfähiger Wohnungsmarkt Rheine
Leitprojekt 12	Sport – wesentlicher Faktor für Lebensqualität, Regeneration und soziale Kontakte
Leitprojekt 13	Stadtteilzentrum „Haus ohne Barrieren“ – Haus für Ehrenamt, Service und soziale Kontakte
Leitprojekt 14	Kommunales Baulandmanagement
Leitprojekt 15	Immobilienmanagement
Leitprojekt 16	Qualifizierungsstrategie zur Gewerbeflächenentwicklung und -vermarktung „Für jeden Betrieb der richtige Standort“
Leitprojekt 17	Brachflächenentwicklung
Leitprojekt 19	Besondere Orte der Kultur
Leitprojekt 20	Kulturlandschaft „Kloster Bentlage“
Leitprojekt 21	Freizeitlandschaft Ems
Leitprojekt 22	Integriertes Freiraumentwicklungskonzept
Leitprojekt 23	Qualifizierung der Vermehrung von Waldflächen
Leitprojekt 24	Kommunikation und Kooperation im Kulturbereich
Leitprojekt 25	Dolmetscher der Kulturen
Leitprojekt 26	Qualitätsoffensiver Städtebau und Architektur
Leitprojekt 27	Orte der Bau- und Industriekultur

Abstimmungsergebnis: einstimmig |

**7. Umwandlung der Technischen Betriebe und von Teilen des Fachbereichs Planen und Bauen in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AÖR)  
Vorlage: 478/07**

I/B/1765

Frau Dr. Kordfelder begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Gutsche und Reuter von der WIBERA, die bei der Bildung AÖR unterstützend mitgewirkt hätten.

Des Weiteren verweist Frau Dr. Kordfelder auf den auf den Tischen verteilten vorläufigen Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2008.

Herr Kuhlmann trägt ein Zitat von Otto Meier aus dem Jahre 1924 vor, wonach eine öffentlich-rechtliche Anstalt ein Bestand von Mitteln sei, sachlich wie persönlich, welche in der Hand eines Trägers öffentlicher Verwaltung einen besonderen öffentlichen Zweck auf Dauer zu dienen bestimmt seien.

Anschließend berichtet er über die bisherige Entwicklung der Umwandlung der Technischen Betriebe in eine Anstalt öffentlichen Rechts mit dem Ergebnis, dass zum 1. Januar 2008 diese AöR bestehend aus dem Fachbereich 6 und Teilen des Fachbereiches 5 einzurichten sei. Er verweist hierzu auf die Vorlage und erläutert den Beschlussvorschlag.

Bezüglich des vorliegenden Satzungsentwurfes merkt Herr Kuhlmann an, dass noch 3 redaktionelle Änderungen vorzunehmen seien. So würden die in der Überschrift stehenden Platzhalter automatisch durch das Datum der Unterzeichnung der Bekanntmachungsanordnung durch die Bürgermeisterin ersetzt. Ferner solle im § 2 Abs. 2 Ziffer 2 aus Zweckmäßigkeitsgründen auch die Verkehrssicherungspflicht für die Verkehrsinfrastruktur auf die AöR übertragen werden, und die Ziffer 4 sei um den Vollzug der Baumschutzsatzung zu erweitern, weil der dafür zuständige Mitarbeiter auch in die AöR wechsele.

Herr Lütke-meier bezieht sich auf den 3. Absatz auf Seite 13 der Vorlage und erklärt, dass der dort angegebene Betrag von 19 Mio. € in 20 Mio. € geändert werden müsse.

Nachdem Herr Gutsche die vorläufige Eröffnungsbilanz für die AöR erläutert hat, bezieht sich Herr Reuter auf Ziffer 9 des Beschlussvorschlages und führt aus, dass nach der mündlichen Erklärung des Finanzamtes keine negativen steuerlichen Auswirkungen für die Umwandlung des Fachbereiches 6 und von Teilen des Fachbereiches 5 in eine AöR ausgelöst würden. In dem gestrigen Telefonat sei vom Veranlagungsfinanzamt mitgeteilt worden, dass dieses der von der WIBERA vertretenen Auffassung zustimme. Aus formellen Gründen müsse sich aber die Konzern- und Betriebsprüfung des Finanzamtes mit der gestellten Anfrage noch beschäftigen, sodass am Donnerstag mit einer endgültigen Aussage zu rechnen sei. Die WIBERA und auch das Veranlagungsfinanzamt würden jedenfalls mit keinen negativen Auswirkungen bei der Gründung der AöR rechnen.

Auf Frage von Frau Dr. Kordfelder antwortet Herr Reuter, dass der Vorbehaltsbeschluss aus formellen Gründen mitbeschlossen werden solle, so lange der schriftliche Bescheid des Finanzamtes noch nicht vorliege.

Herr Hermeling bezieht sich auf § 10 Ziffer 6 des Personalüberleitungsvertrages und schlägt auf Empfehlung der WIBERA folgende redaktionelle Änderung vor:

„6. Die Regelungen dieses Vertrages gelten im Rahmen der beamtenrechtlichen Bestimmungen analog für die Beamtinnen und Beamten der Stadt Rheine, die in die AöR übergegangen sind.“

Herr Niehues stellt fest, dass es sich auch bei diesem Tagesordnungspunkt um eine wichtige Strukturentscheidung handele. Als die CDU-Fraktion vor einigen Monaten diesen Antrag gestellt habe, sei die Umsetzung in dieser Form von vornherein nicht zu erwarten gewesen. Es habe hierbei ein zu beachtendes Zeitfenster gegeben durch die Zusammenführung von 2 Dezernaten. Die Idee, die Technischen Betriebe in eine neue Organisationsform zu bringen, sei nicht neu gewesen. Sie habe Rat und Verwaltung über viele Jahre begleitet, und es seien auch viele Gutachten darüber erstellt worden. Auch habe man viele Gemeinsamkeiten feststellen können, wie z. B. zwischen einzelnen Parteien, zwischen den Parteien und der Verwaltung, aber auch mit dem Personalrat, den Mitarbeitern und der Gewerkschaft. Die CDU wisse es sehr zu schätzen, dass es bei der Um-

wandlung eine konstruktive einvernehmliche Lösung gegeben habe, obwohl es viele Ängste und Sorgen bei den Mitarbeitern gegeben hätte, die heute aber niemand mehr haben müsse.

Die AöR sei kein Selbstzweck. Vielmehr verspreche sich die CDU-Fraktion davon Kosteneinsparungen und eine größere Effizienz und damit eine größere Wirtschaftlichkeit. Im Verbund mit der Geschäftsführung von den Stadtwerken würden auch Synergieeffekte für die AöR und für die Stadtwerke erzielt und das alles unter der Wahrung der Rechte der Mitarbeiter. Herr Niehues bedankt sich abschließend bei allen, die sich an dem Verfahren beteiligt und sich hierbei eingebracht hätten.

Zur Größe des Verwaltungsrates schlägt Herr Niehues 14 Mitglieder zuzüglich des Vorsitzenden vor, damit sich auch die Mehrheitsverhältnisse des Rates in diesem Gremium widerspiegeln würden.

Herr Roscher gibt bei aller Euphorie zu bedenken, dass mit der Bildung der AöR auch Änderungsprozesse hervorgerufen würden, die nicht nur positiv zu bewerten seien. So würden z. B. durch diesen Schritt die Kompetenzen des Rates unmittelbar beeinträchtigt. Es würden sich im städtischen Haushalt erhebliche Veränderungen ergeben. Im Ergebnis könne man aber heute sagen, dass die Vorteile bei der Bildung einer AöR deutlich den Risiken überwiegen würden. Aus diesem Grunde werde die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Holtel stellt fest, dass es in dieser Angelegenheit um eine wegweisende Entscheidung gehe, die nach einigen Schwierigkeiten und sehr viel Arbeit jetzt zum Erfolg führen werde. Er verspreche sich durch die mit den Stadtwerken zu erzielenden Synergieeffekte auch Vorteile für die Bürger bei der Gebührenbemessung.

Herr Reiske merkt hierzu an, dass es bei den GRÜNEN bezüglich der Übernahme der Mitarbeiter zunächst kontroverse Diskussionen gegeben habe. Heute könne er feststellen, dass die Ängste und Sorgen der Mitarbeiter im Laufe des Prozesses aufgelöst worden seien. Seine Fraktion sei letztendlich auch durch die Stärkung der Stadtwerke davon überzeugt worden, der Bildung der AöR zuzustimmen.

Herr Hagemeier erinnert daran, dass in allen Beratungen des politischen Arbeitskreises über die Beseitigung der Risiken für die Mitarbeiter gesprochen worden sei. Heute könne man feststellen, dass diese Risiken gleich Null seien. Er verweist hierzu auf die entsprechenden Passagen in der Vorlage und im Personalüberleitungsvertrag. Er hoffe, dass alle Erwartungen an die AöR jetzt auch erfüllt würden.

Auch Herr Brauer zeigt sich froh darüber, dass die Ängste und Sorgen der Mitarbeiter inzwischen ausgestanden seien. Diese seien aber nicht nur mit dem Personalüberleitungsvertrag beseitigt worden. Die Rahmenbedingungen seien geschaffen, damit die Ängste unberechtigt würden.

### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt beschließt die Umwandlung des Fachbereichs 6 ("Technische Betriebe Rheine) und eines Teils des Fachbereichs 5 ("Planen und Bauen") in eine „Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)“ im Wege der Gesamtrechts-

nachfolge und die Übertragung des Vermögens auf der Grundlage der als Anlage 1 der Vorlage beigefügten Eröffnungsbilanz.

2. Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage 5 dieser Niederschrift beigefügte "Satzung der Stadt Rheine über die Anstalt des öffentlichen Rechts "Technische Betriebe Rheine".
3. Der Rat der Stadt stimmt dem Abschluss des als Anlage 6 dieser Niederschrift beigefügten Personalüberleitungsvertrages zu. Änderungen dieses Personalüberleitungsvertrages bedürfen der Zustimmung des Rates.
4. a) Der in der Anstalt öffentlichen Rechts zu bildende Verwaltungsrat besteht aus 14 Mitgliedern zuzüglich des Vorsitzenden.  
b) Zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats wird Herr Beigeordneter Jan Kuhlmann bestimmt.
5. Der Verwaltungsrat der Anstalt öffentlichen Rechts "Technische Betriebe Rheine" wird vom Rat angewiesen, den Geschäftsführer der Stadtwerke Rheine GmbH, Herrn Dr. Ralf Schulte – de Groot und den Technischen Leiter der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH, Herrn Dipl. Ing. Josef Lucas als Mitglieder des Vorstands der Anstalt zu bestellen.
6. Der Rat der Stadt Rheine nimmt den beabsichtigten Abschluss eines Vertrages zu kaufmännischen Dienstleistungen zwischen der Anstalt des öffentlichen Rechts und der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH" (Anlage 4 der Vorlage) zustimmend zur Kenntnis.
7. Die Bürgermeisterin wird gebeten, alle erforderlichen Prüfungen durchzuführen, Abstimmungen vorzunehmen und Vorbereitungen sowie Maßnahmen zu ergreifen, um eine Umwandlung gemäß Ziffer 1 zum 01.01.2008 sicherzustellen.
8. Bei wesentlichen Abweichungen von den in der Vorlage aufgezeigten Rahmenbedingungen, Prämissen oder Zustimmungserfordernissen, ist eine erneute Beratung und Entscheidung im Rat herbeizuführen.
9. Der Beschluss zu 1) sowie die Folgebeschlüsse zu 2) bis 6) stehen unter dem Vorbehalt eines positiven Abschlusses des derzeit beim Finanzamt Steinfurt anhängigen Verfahrens auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft. Das Anzeigeverfahren bei der Kommunalaufsicht nach § 115 GO ist eingeleitet. Sollten die beiden Verfahren nicht bis zum 31.12.2007 positiv abgeschlossen sein, sind diese Beschlüsse gegenstandslos.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

**8. Satzungsentwurf Technische Betriebe Rheine - AöR  
Vorlage: 446/07/2**

Die Satzung wurde unter TOP 7 mit beschlossen.

**9. Änderung in der Besetzung verschiedener Ausschüsse  
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Vorlage: 468/07**

II/A/0835

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Rates der Stadt Rheine bestellen auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die folgenden Änderungen in der Besetzung von Ausschüssen:

**Haupt- und Finanzausschuss**

Mitglied: RM Michael Reiske anstelle von RM Siegfried Mau

**Schulausschuss**

Mitglied: SB Joachim Siegler, Marktplatz 6, 48431 Rheine  
anstelle von SB Christiane Sallandt  
1. stellv. Mitglied: SB Christiane Sallandt (bisher Mitglied)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Nachbenennung eines Mitglieds für den Stadtteilbeirat Rodde/Kanalhafen  
Vorlage: 466/07**

II/A/0890

Herr Reiske erklärt, die Grünen würden sich wegen des umstrittenen Besetzungsverfahrens der Stimme enthalten.

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Rates der Stadt Rheine wählen gem. Ziffer 2 der Verfahrensregelungen für die Stadtteilbeiräte für die Dauer der Wahlzeit des Rates

Frau Irmgard Wiggers, Nahrodter Straße 11, 48432 Rheine,

als neues Mitglied für den Stadtteilbeirat Rodde/Kanalhafen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen

**11. Stadtparkasse Rheine  
Änderung in der Besetzung des Verwaltungsrates  
Vorlage: 474/07**

II/A/0960

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine wählt gemäß § 11 (4) des Sparkassengesetzes (SpkG) Herrn Günter Heeke zum stellvertretenden Verwaltungsratsmitglied.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Einwohnerfragestunde**

II/A/1225

Da es inzwischen 19:00 Uhr geworden ist, ruft Frau Dr. Kordfelder den o. g. Tagesordnungspunkt auf.

Es folgen keine Wortmeldungen.

**13. Raumprogramm der Volkshochschule im Josef-Winckler-Zentrum  
Vorlage: 413/07/1**

II/A/1060

Frau Dr. Kordfelder begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den neuen Fachbereichsleiter, Herrn Dr. Winter.

Frau Ehrenberg berichtet zur Vorlage und schlägt vor, diese zur Kenntnis zu nehmen oder, falls die Informationen ausreichend seien, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Die Fraktionsvorsitzenden stellen fest, dass die Zielrichtung bereits durch die Entscheidung im Haupt- und Finanzausschuss vorgegeben sei. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen solle über die Wiederverwendung der alten Küche bzw. über die Neuanschaffung einer Küche entschieden werden.

Herr Reiske ergänzt, es müsse sichergestellt werden, dass das derzeitige Angebot der VHS bis dahin aufrecht erhalten werden könne.

Herr Wilp stellt klar, dass die Entscheidung, im Josef-Winckler-Zentrum eine Küche zu installieren, im Haupt- und Finanzausschuss gefallen sei. Wie die Realisierung erfolgen solle, werde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden. Aus diesem Grunde müsse dieser Tagesordnungspunkt nochmals dem Fachausschuss vorgelegt werden, damit dieser Einzelheiten der Realisierung erörtern könne.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt nimmt

- a) die Kostenschätzung für die Vorrichtung der Anschlüsse für Strom, Wasser, Abwasser und ggf. Gas,
- b) das Ergebnis eines Angebotes für eine neue Küche,
- c) die Kosten für den Abbau und den Wiederaufbau der alten Lehrküche sowie
- d) die finanziellen Auswirkungen für den Umbau der vorhandenen Kücheneinrichtung bzw. für den Einbau einer neuen Kücheneinrichtung

zur Kenntnis.

**14. Integrierte Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung der Stadt Rheine  
Vorlage: 346/07**

II/A/1530

Nachdem Frau Nagelschmidt über die Vorberatung dieses Tagesordnungspunktes berichtet und um Zustimmung gebeten hat, stellt Frau Ehrenberg fest, dass diese Planung in den nächsten Jahren abgearbeitet werden müsse. Die Verwaltung habe zumindest für den Schulbereich eine Prioritätenliste erstellt. Diese enthalte auch 3 Maßnahmen der offenen Ganztagsbetreuung an Grundschulen, die seinerzeit für eine Bezuschussung zurückgestellt worden seien. Inzwischen sei von der Bezirksregierung mitgeteilt worden, dass die 3 Schulen mit 230.000,00 € gefördert würden.

Ferner verweist Frau Ehrenberg auf die bestehende Arbeitsgruppe zur Entwicklung einer integrierten regionalen Bildungslandschaft, die in Nordrhein-Westfalen ein Novum darstelle.

Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass dieser Tagesordnungspunkt bei den vielen zukunftsweisenden Entscheidungen in der heutigen Sitzung etwas zu kurz komme, denn es handle sich auch hierbei um einen sehr außergewöhnlichen Tagesordnungspunkt. Dieses Gesamtkonzept gebe es in der Qualität und in der Aufweisung von Zukunftsperspektiven in ganz Nordrhein-Westfalen nur einmal, sodass der Dezernentin und dem Fachbereich die Wertschätzung des Rates gebühre.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses die vom Zentrum für angewandte Sozialforschung und Praxisberatung GmbH erstellte integrierte Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Festlegung der Zügigkeiten in Grundschulen  
Vorlage: 459/07**

Der Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

**16. Resolution "Getrennte Wahltermine für Kommunal- und Bundestagswahl in NRW verhindern!  
Arbeitsfähigkeit der kommunalpolitischen Gremien sichern!"  
- Antrag der SPD-Fraktion-  
Vorlage: 436/07**

II/A/2048

Herr Roscher erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Hermeling bezieht sich auf eine Anfrage aus der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung zur Sperrklausel, die es faktisch im Kommunalwahlgesetz nicht gebe. Allerdings sei durch die vorgegebene Berechnungsmethode eine bestimmte Stimmenzahl erforderlich, um überhaupt einen Sitz im Stadtrat zu bekommen. Bei einer Wahlbeteiligung wie bei der Kommunalwahl im Jahre 2004 seien 695 Stimmen erforderlich, um in den Stadtrat einzuziehen. Dieses entspreche einem Stimmenanteil von 2,7 %.

Herr Reiske äußert, dass die GRÜNEN einen gemeinsamen Wahltermin von Bundestags- und Kommunalwahl aus finanziellen und organisatorischen Gründen unterstützen würden.

Herr Wilp erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese den Antrag der SPD-Fraktion ablehnen werde, weil 1999 bei der Abschaffung der 5-%-Sperrklausel von der rot-grünen Landesregierung die Chance verpasst worden sei, eine niedrigere Sperrklausel einzuführen. Mittlerweile müsse derjenige, der eine neue Sperrklausel beantrage, beweisen, dass ohne eine solche Sperrklausel das demokratische Gefüge in den Räten durcheinandergebracht würde. Aufgrund der letzten Wahlergebnisse werde dieses aber außerordentlich schwierig sein. Im Übrigen müsse auch davon ausgegangen werden, dass selbst eine 3-%-Sperrklausel erneut gerichtlich überprüft werden würde.

Weiter führt Herr Wilp aus, dass sowohl verbundene als auch getrennte Wahlen Vor- und Nachteile hätten. Die Vorteile einer verbundenen Wahl habe Herr Roscher aufgezeigt. Bei getrennten Wahlen könnten die Wähler unvoreingenommen auf beiden Ebenen ggf. auch unterschiedlich wählen. Auch dürften bei der Kommunalwahl im Gegensatz zur Bundestagswahl 16-Jährige und EU-Bürger wählen. Ferner müssten bei verbundenen Wahlen die Wahlvorstände größer gebildet werden, sodass die finanziellen Einsparungen nur gering wären.

Da man durchaus anderer Auffassung als im Antrag der SPD-Fraktion sein könne, stimme die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zu.

Herr Reiske beantragt getrennte Abstimmung über die gebundenen Wahlen und die erneute Einführung der Sperrklausel.

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Rheine fordert die Landesregierung auf, die im Jahre 2009 in NRW durchzuführenden Kommunalwahlen gemeinsam mit den Wahlen zum Bundestag durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen  
23 Nein-Stimmen

2. Der Rat der Stadt Rheine fordert die Landesregierung auf, im Kommunalwahlgesetz festzuschreiben, dass das Erreichen von mindestens 3 % der abgegebenen Stimmen Voraussetzung für den Einzug in die kommunalpolitischen Gremien ist.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen  
25 Nein-Stimmen  
4 Stimmenenthaltungen

**Damit ist der Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.**

**17. Fusion Münsterland Touristik und Aktion Münsterland  
Vorlage: 437/07**

II/A/3265

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses, der Gründung des Vereins Münsterland Marketing e.V. durch Verschmelzung des Aktion Münsterland e.V. und des MÜNSTERLAND TOURISTIK Grünes Band e.V. und den vorliegenden Entwürfen des Verschmelzungsvertrages, der Satzung und der Beitragsordnung des Münsterland Marketing e.V. zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**18. Beschlussfassung über den Jahresabschluß der Firma "Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH" für das Geschäftsjahr 2006**  
**a) Feststellung des Jahresabschlusses**  
**b) Ergebnisverwendung**  
**c) Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates**  
**Vorlage: 473/07**

II/A/3300

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erklären sich zu Buchst. c) des Beschlussvorschlages für befähigt und nehmen bei der Beratung und Abstimmung hierüber, die Herr Ortel leitet, im Zuhörerraum Platz.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beauftragt die Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Firma „Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH“, Frau Dr. Angelika Kordfelder, folgende Beschlüsse zu fassen:

- a) Der Jahresabschluss 2006, abschließend mit einer Bilanzsumme von 178.072,16 €, wird in der vorgelegten, vom Wirtschaftsprüfer Konermann, 48431 Rheine, geprüften Form festgestellt.
- b) Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 13.064,15 € wird durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen

- c) Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung werden für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 7 Stimmenthaltungen

**19. Regelung über die Gewährung von De-minimis Bürgschaften (sog. Bürgschaftsregelung)  
Vorlage: 475/07**

II/B/0000

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Regelung über die Gewährung von De-minimis Bürgschaften.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**20. 6. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 243,  
Kennwort: "Hovestraße/B 481", der Stadt Rheine  
II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"  
III. Satzungsbeschluss nebst Begründung  
Vorlage: 360/07**

II/B/0175

**Beschluss:**

**II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB öffentliche Ausle-

gung vom 29. 06. 2006 – 31. 07. 2006 und erneute öffentliche Auslegung vom 08. 06. 2007 – 09. 07. 2007 – zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **III. Satzungsbeschluss nebst Begründung**

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2005 (GV. NRW S. 498) wird die 6. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 243, Kennwort: "Hovestraße/B 481", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Es wird festgestellt, dass die 6. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 243, Kennwort: "Hovestraße/B 481", der Stadt Rheine aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 21. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr.17,  
Kennwort: "Basilikastraße", der Stadt Rheine**  
**II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**  
**III. Satzungsbeschluss nebst Begründung**  
**Vorlage: 363/07**

II/B/0280

**Beschluss:**

### **II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **III. Satzungsbeschluss nebst Begründung**

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2005 (GV. NRW S. 498) wird die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17, Kennwort: "Basilikastraße", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Es wird festgestellt, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17, Kennwort: "Basilikastraße", der Stadt Rheine aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

#### **22. Ausbau der Stichstraße "Im Uhlenhook" im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 125, Kennwort: "Im Uhlenhook" Satzung über die Herstellungsmerkmale Vorlage: 423/07**

II/B/0345

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Bau- und Betriebsausschusses den Entwurf der Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der Stichstraße „Im Uhlenhook“ im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 125, Kennwort: „Im Uhlenhook“.

### **Satzung**

**über die Herstellungsmerkmale für den  
Ausbau der Stichstraße „Im Uhlenhook“  
der Stadt Rheine  
vom \_\_\_\_\_**

Gem. § 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03. Mai 2005 (GV. NRW. S. 498), hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 06. November 2007 folgende Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der Stichstraße „Im Uhlenhook“ im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 125, Kennwort: „Im Uhlenhook“ erlassen.

Die o. g. Straße wird abweichend von § 9 Abs. 1 der Satzung der Stadt Rheine über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 22. Dezember 1975 in der z. Z. geltenden Fassung endgültig hergestellt, wenn Grunderwerb und Freilegung abgeschlossen sind und sie folgende Teileinrichtungen und Herstellungsmerkmale aufweist:

**Stichweg Im Uhlenhook (Verkehrsberuhigter Bereich)**

1. Mischfläche, bestehend aus
  - a) niveaugleicher Fahr- und Gehwegfläche mit Unterbau und einer Decke aus grauem bzw. rotem Betonsteinpflaster
  - b) Verkehrsgrün, bestehend aus Grünbeeten mit Baumbepflanzung und Unterpflanzung
  - c) Parkständen mit Unterbau und einer Decke aus anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster
2. betriebsfertiger elektrischer Straßenbeleuchtung
3. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**23. Widmung von Straßen  
Vorlage: 400/07**

II/B/0470

**Beschluss:**

Folgende Straßen sowie die Fußwege werden gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. September 1995 (StrWG NW - GV NW S. 1028, Ber. in GV NW 2003 S. 766) für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

1. Neue Stiege von Dechant-Römer-Straße bis zur westlichen Parkplatzzufahrt des Waldfriedhofes (Übergang in den Fuß- und Radweg)
2. Schlüterstraße
3. Fußwege zur Schlüterstraße
4. Münterstraße von Nienbergstraße bis Sutrumer Straße

Die vg. Straßen und die Fußwege erhalten die Eigenschaft von Gemeindestraßen nach § 3 Abs. 1.3 des Straßen- und Wegegesetzes. Träger der Straßenbaulast ist gemäß § 47 des Straßen- und Wegegesetzes die Stadt Rheine. Die Übersichtspläne sind Bestandteile dieser Widmungsverfügung. Die als Fußwege dargestellten Flächen werden nur für den öffentlichen Fußgängerverkehr gewidmet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **24. Anfragen und Anregungen**

II/B/ 0515

### **24.1 Teilnahme der Stadt Rheine am Tibettag**

Herr Reiske trägt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den als Anlage 7 dieser Niederschrift beigefügten Antrag vor.

II/B/0650

### **24.2 Grüße aus der Partnerstadt Trakai**

Herr Ortel übermittelt Rat und Verwaltung die besten Grüße aus der Partnerstadt Trakai. Bei seinem dortigen Besuch im Oktober d. J. sei er sowohl vom stellv. Bürgermeister als auch von der Sozialverwaltung auf die Bedeutung dieser Städtepartnerschaft gerade für die Stadt Trakai mehrfach angesprochen worden. Die Stadt lege großen Wert darauf, dass diese gemeinsame Städtepartnerschaft noch weiter ausgebaut werde. Der Besuch sei für ihn sehr beeindruckend gewesen.

**Ende des öffentlichen Teils: 19:35 Uhr**

---

Dr. Angelika Kordfelder  
Bürgermeisterin    Schrif

---

Theo Elfert